

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 5

Artikel: Drang zur Diktatur : die Sozialistische Internationale und das Sowjetlager
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094554>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sozialistische Internationale und das Sowjetlager

Drang zur Diktatur

Die Sozialistische Internationale (SI) war in den fünfziger und sechziger Jahren noch fest im westlichen demokratischen Wertsystem verankert. Seit der deutsche Ex-Bundeskanzler Willy Brandt Präsident der SI ist, hat sich diese mehr und mehr in die Strategien des Kremls einbinden lassen. Der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes Hamburg, Dr. H. J. Horchem, selbst SP-Mitglied, analysiert diese Entwicklung seit Jahren. Wir haben einige Beispiele aus seinen Publikationen und Vorträgen zusammengestellt und durch eigene Recherchen ergänzt.

Die Sozialistische Internationale (SI) wurde im Juli 1951 in Frankfurt am Main gegründet. Als erster Präsident wurde Morgan Philipps, Generalsekretär der britischen Labour Party, gewählt. Sein Nachfolger war Bruno Pittermann, Fraktionschef der Sozialistischen Partei Österreichs.

Früher: keine Aktionseinheit mit diktatorischen Parteien

In der Frankfurter Gründungsversammlung lag der Schwerpunkt der Resolutionen auf der Bewahrung von Demokratie und bürgerlichen Freiheiten. Sowohl die «Diktatur des Proletariats» als auch die kommunistische Regierungs- und Gesellschaftsform wurden expressis verbis abgelehnt. In den ersten Jahren ihrer Existenz unterstützte die SI ausdrücklich die Nordatlantische Allianz (Nato) gegen die Sowjetunion. Als der 20. Parteitag der KPdSU 1956 in einer Resolution den Wunsch nach Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien ausdrückte, unterstrich die SI ihre Position durch eine Erklärung, in der es heisst, sie lehne entschieden «jegliche Politik der Aktionseinheit oder jede Form politischer Zusammenarbeit mit diktatorischen Parteien» ab. Im Jahre 1968 verurteilte die SI die sowjetische Invasion der Tschechoslowakei als «einen Akt nackter Aggression». In mehreren Deklarationen unterstrich die SI damals auch das Exi-

stenrecht von Israel, das sie als einen demokratischen und sozial fortschrittlichen Staat bewertete.

Die Wende

Diese Politik änderte sich ganz entscheidend, als 1976 der Chef der deutschen Sozialdemokraten, Willy Brandt, zum Vorsitzenden der SI gewählt wurde.

Der Architekt der deutschen Ost- und Entspannungspolitik begann auch das Gebäude der SI nach demselben Stil zu renovieren: Blauäugigkeit gegenüber sowjetischen Avancen und Propaganda und kritische Distanz gegenüber dem amerikanischen Bündnispartner; Beschwichtigung gegenüber dem Osten und Schelte gen Westen.

Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch zwei weitere Umstände, auf die Brandt keinen korrigierenden Einfluss nahm.

Zum einen führte die Bestimmung der Statuten, dass jede Mitgliedspartei nur eine Stimme habe, zu einem krassen Übergewicht der Mini-Parteien aus Lateinamerika, Afrika und Asien, was sich generell in vermehrten antiwestlichen Resolutionen niederschlug. (Nach den Statuten der «Labour and Socialist International», einer Vorläuferin der SI, richtete sich beispielsweise das Stimmenverhältnis an der Generalversammlung noch

nach der Mitgliederzahl der vertretenen Parteien.)

Zum anderen wurde es immer mehr zur Gewohnheit, bei den Zusammenkünften der Mitglieder «Beobachter» zuzulassen, die nicht der SI angehörten. Die «beobachtenden» Organisationen haben inzwischen einen mitgliederähnlichen Status erreicht, weil sie sich immer mehr das Recht herausnehmen (können), auf den Veranstaltungen Reden zu halten und Abstimmungen zu beeinflussen. Über einige dieser «Beobachter» nimmt die Sowjetunion direkt Einfluss auf die SI.

Annäherung an Moskau

Ein Beispiel dafür ist die Sitzung des SI-Büros vom 24./25. September 1981 in Paris.

Daran nahmen Vertreter des kommunistisch gelenkten Afrikanischen National-Kongresses (ANC), der von der Sowjetunion finanzierten Guerillaorganisation Swapo und der von der Sowjetunion unterstützten Junta der Sandinisten aus Nicaragua teil. Die überwältigende Mehrheit der Tagungsteilnehmer begrüßte u. a. in einer Resolution die «revolutionäre Bewegung» in El Salvador und das Bündnis der «Demokratischen Revolutionären Front» mit der «Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti» (FMLN). Sie wandte sich entschieden gegen die «massive militärische Hilfe der USA an die von Napoleon Duarte geführte Junta». Die Unterstützung der FMLN durch Kuba und die Sowjetunion wurde nicht erwähnt. Die «Nationale Befreiungspartei» von Costa Rica wandte sich gegen diese Entschliessung. Das führte zu heftigen Angriffen unter anderem durch die schwedischen und die holländischen Sozialdemokraten, aber auch durch den anwesenden nicaraguanischen «Comandante» Bayardo Arce. Die Sozialdemokraten von Costa Rica mussten eine Zeitlang sogar damit rechnen, aus der SI ausgeschlossen zu werden, ähnlich der Volksaktionspartei von Singapur, die schon 1976 der SI-Führung vorgeworfen hatte, sie liesse sich zum Werkzeug der Kommunisten machen.

Als Willy Brandt 1976 zum Präsidenten der SI gewählt wurde, stellte er drei Grundsätze in den Mittelpunkt seiner Einführungsrede:

- die Offensive für einen sicheren Frieden
- die Offensive für neue Beziehungen zwischen Nord und Süd
- die Offensive für Menschenrechte.

An der Entwicklung dieser drei Programme wird offenkundig, wie sich die SI an Moskau annäherte.

Die Friedenskampagne

Dabei erwies sich die Gleichzeitigkeit der sowjetischen Friedenskampagne und der SI-Friedensbemühungen als besonders förderlich.

1978 wurde an Willy Brandt und eine SI-Delegation die Einladung Breschnews übermittelt, in Moskau «auf höchster Ebene» über Rüstungsfragen zu beraten. Der Besuch kam im Oktober 1979 zustande (und wurde 1981 und 1982 wiederholt). Dabei sprachen die Delegierten mit Breschnew und Ponomarjow. Zum erstenmal in der 28jährigen Geschichte der SI kam es damit zum direkten Dialog mit der Führung der KPdSU.

Generalsekretär Bernt Carlsson begründete diesen Wechsel der Politik damit, dass die SI in einer so wichtigen Frage wie der Friedenssicherung «über ihren Schatten springen» müsse. Letzteres haben die westlichen Sozialisten und Sozialdemokraten denn auch ausgiebig praktiziert: Seit 1980, dem Beginn der «heissen Phase» der sowjetischen Friedenskampagne, degenerierte die SI-«Offensive für einen sicheren Frieden» mehr und mehr zu einer Plattform für die Herstellung von Aktionseinheiten mit Kommunisten.

Die Entwicklung der SI zum friedenspropagandistischen Bündnispartner des Kremls manifestierte sich eindrücklich bei der Konferenz im April 1983 in Albufeira (Portugal).

Die dort beschlossene Resolution über Sicherheit und Abrüstung warnt zwar vor den Gefahren der nuklearen Abrüstung und fordert die Supermächte auf, Abkommen über Rüstungskontrollen zu treffen. Die Entschliessung erwähnt aber weder die auf Westeuropa gerichteten sowjeti-

Kubanische SI-Infiltration

Im Dezember 1983 erklärte der führende italienische Sozialist Ripa di Meana, Mitglied des Europaparlaments, dass die Kubaner und die Sowjets die SI zu infiltrieren versuchten und bei dieser subversiven Politik bemerkenswerte Erfolge erzielt hätten. Am 6./7. Januar 1983 habe in Managua (Nicaragua) auf Anregung der Kommunistischen Partei Kubas ein Geheimgespräch stattgefunden. Ausser den Kubanern und den Sandinisten hätten verschiedene Mitgliedparteien der SI aus Lateinamerika teilgenommen. Thema der Konferenz sei gewesen, welche Initiativen man zu ergreifen habe, um den lateinamerikanischen (kubanischen) Einfluss in der SI zu stärken. Diejenigen sozialistischen Parteien, die den von

schen SS-20-Raketen noch die sowjetischen Verletzungen der schon getroffenen Abrüstungsmassnahmen.

Brandts Rede an der Konferenz vermied nicht nur jede Kritik an der sowjetischen Aufrüstung. Der deutsche SPD-Chef verstand es sogar, die Invasion in Afghanistan in einem antiamerikanischen Licht darzustellen: «Die sowjetische Intervention in Afghanistan, die internationalem Recht widerspricht und für keinen von uns akzeptabel ist, gab einflussreichen Kreisen in den USA eine willkommene Gelegenheit, die Furcht vor der Sowjetunion in eine beschleunigte Aufrüstung und in die Kultivierung des kalten Krieges umzumünzen.»

Solidarität zum «Süden»

Beim zweiten Grundsatz, der «Offensive für neue Beziehungen zwischen Nord und Süd», zeigen sich die Parallelen zwischen der Politik des Kremls und der SI noch deutlicher.

Kuba und der UdSSR verfolgten Destabilisierungsplänen Widerstand entgegengesetzten, seien zu isolieren. Vor allem die italienischen Sozialdemokraten, der portugiesische Ministerpräsident Soares und die israelische Arbeiterpartei seien zu bekämpfen.

Nach der Invasion Grenadas durch Truppen der USA und einiger Karibikstaaten wurden in Grenada Dokumente gefunden, die die Erklärung von Ripa di Meana bestätigten. Es handelt sich unter anderem um ein Protokoll des Geheimgesprächs in Managua. Darin ist ausgeführt, dass zu den Hauptverbündeten der mittelamerikanischen Interessen die sozialistischen Parteien von Holland und Kanada gehörten. Hauptgegner der «progressiven» Politik in Lateinamerika seien die Mitgliedparteien von Portugal, Italien und den USA. Deren Einfluss müsse neutralisiert werden. Man müsse daran arbeiten, die Sozialistische Partei der USA und die Israelische Arbeiterpartei aus der SI auszuschliessen. ■

Im Oktober 1977 hatte das Präsidium ein Neun-Punkte-Programm Olof Palmes angenommen. Es untersagte alle Waffenexporte nach Südafrika und zielte auf die Verhinderung neuer Investitionen in Südafrika und Namibia hin. Die Solidaritätsarbeit für die «Befreiung Südafrikas» und die Unterstützung der (sowjetisch kontrollierten) «Front-Staaten» Mozambique und Angola, die gegen Südafrika kämpfen, sollte verstärkt werden. «Politische Unterstützung» der Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika) und Swapo (Namibia), die seither routinemässig an den Sitzungen des SI-Präsidiums teilnehmen, sei dringend erforderlich.

Die militärischen Interventionen der UdSSR und Kubas in Afrika, der Einsatz von Militärberatern aus der DDR und die materielle Unterstützung der Terrororganisationen ANC und Swapo durch die Sowjetunion sind dagegen in den Erklärungen der SI bisher nie angeprangert worden. Die Appelle der SI zur Unterstützung der diversen «Nationalen Befreiungsbewegun-

SÜDOSTASIEN aktuell

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR ASIENKUNDE UND DER DOKUMENTATIONSLEITSTELLE ASIEN HAMBURG

**Keiner hat mehr
Zeit zum Lesen!**

Hier ist eine neue Zeitschrift!

BEGRÜNDUNG: WIR LESEN FÜR SIE,
WIR WERTEN EINE FÜLLE VON MATERIALIEN AUS
UND ANALYSIEREN DIE FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT
UND MEDIEN WICHTIGSTEN ENTWICKLUNGEN.

DAS ERGEBNIS IST PREISWERT:

JAHRESABONNEMENT
(6 Hefte einschl. Index) DM 60,00 plus Versandkosten

SÜDOSTASIEN AKTUELL - EINE NEUE ZEITSCHRIFT DES INSTITUTS FÜR ASIENKUNDE

Südostasien, d.h. die ASEAN-Länder einerseits und die Länder Indochinas andererseits, hat in den letzten Jahren wirtschaftlich und politisch mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Wenn man heute von den wirtschaftlichen Wachstumsregionen der Erde spricht, so gehören die ASEAN-Länder in die vorderste Gruppe. Als regionale Spannungszone mit weltpolitischen Ausstrahlungen sind die Entwicklungen in Vietnam, Kambodscha und Laos von weittragender Bedeutung.

Um den Mangel an Informationen über diese Vielzahl von Ländern mit politisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlichen Gegebenheiten in den Griff zu bekommen und für Interessierte in Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft leicht abfragbar zu machen, haben wir das bewährte inhaltliche Konzept von 'CHINA aktuell' auf diese Region übertragen.

Wir informieren Sie im jeweiligen Berichtszeitraum über zusammenhängende Ereignisse in Südostasien allgemein, den ASEAN-Ländern und das Verhältnis ASEANs zu Japan. Dann folgen Länderinformationen über Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen, Birma und Brunei sowie ein zusammenhängender Informationsteil für Indochina.

BITTE, FORDERN SIE EIN PROBEHEFT AN.

Die Zeitschrift ist zu beziehen über das
Institut für Asienkunde
Rothenbaumchaussee 32
D 2000 Hamburg 13
Telefon (040) 44 30 01

gen» sind so kompromisslos wie die entsprechenden Erklärungen der Sowjetunion. Die Politik der SI gegenüber Angola, Mozambique, Südafrika, Nicaragua, El Salvador und Chile ist der Politik der UdSSR zum Verwechseln ähnlich.

Im Gegensatz zu der Flut von Anklagen gegen Chile, Argentinien, Guatemala, Paraguay, Uruguay und Honduras hat die SI Fidel Castro bisher nie verurteilt oder etwa pluralistische Verhältnisse «auf Kuba» gefordert.

Menschenrechte unter der Bedingung, dass . . .

Der dritte Grundsatz der Politik Willy Brandts an der Spitze der SI, die «Offensive für Menschenrechte», ist ein Beispiel für die Kunst, wie die SI eine allgemeine Problematik aufgreift und damit einäugig agitiert.

1977 hatte Brandt in Rom vorgeschlagen, eine Weltkonferenz über Menschenrechte zusammenzurufen. Die britischen, belgischen und holländischen SI-Vertreter verlangten, die Menschenrechtskampagne müsse auf Chile, Argentinien, Südafrika und den Iran (damals noch unter Schah-Herrschaft!) beschränkt bleiben.

Daraufhin bearbeitete eine Studiengruppe den Komplex und legte 1981 das Ergebnis vor. Die Untersuchung vermied einen Bezug auf bestimmte Länder und stellte nur fest, dass «der Kampf für die Menschenrechte ein integraler Teil des Befreiungsprozesses» sei; dieser Kampf und «der Kampf gegen Hunger und Armut und der Kampf für eine neue internationale Ordnung» seien ineinander verwoben.

Die «Offensive für sicheren Frieden» und die «Offensive für Menschenrechte» waren geschrumpft auf eine Offensive für sowjetischen Rüstungsvorteil und auf die Unterstützung von «Nationalen Befreiungsbewegungen» – was genau dem Programm der sowjetischen Strategie der «friedlichen Koexistenz» entspricht.

Darin ist natürlich kein Platz für öffentliche Diskussionen über die Missachtung der Menschenrechte im Ostblock. Dem entspricht Brandts zwiespältige, wenn nicht ablehnende Haltung auch gegenüber der Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR.

Bereits im Februar 1977 hatte er (bei einem Treffen sozialistischer Parteiführer in Israel) hiefür den Ton angegeben. Er sprach von der Gefährdung der Entspannungspolitik durch Bürgerrechtler und empfahl dringend, das Aufsehen, das verschwindend kleine Osteuropäergruppen im Westen erregten, «abzuwiegeln»; moralisierende Unbedachtsamkeiten zwängen die Sowjetunion nachgerade zu einem Neostalinismus nach innen und zur Aggressivität nach aussen.

Prüfstein Solidarnosc

Auf dramatische – und widerliche – Weise spiegelt sich Brandts Kotau-Politik gegenüber der Sowjetunion in seinem Verhältnis zur polnischen Gewerkschaftsbewegung «Solidarität».

In einem vertraulichen Schreiben an den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand soll er heftige Kritik an der polnischen Unabhängigkeitsbewegung geübt haben. Die Gewerkschaft Solidarnosc sei zu einem friedensgefährdenden Faktor geworden. Man müsse Verständnis für die Sowjets aufbringen, wenn sie nicht bereit sei, das polnische Glacis aufzugeben.

Zwischen den Zeilen redete er dem Nato-Austritt der Bundesrepublik das Wort: Er verwies auf die Anziehungskraft, die der aus der DDR emigrierte Rudolf Bahro mit seiner These ausübe, dass ein Status echter Neutralität der BRD einer Beteiligung der Nato vorzuziehen sei. Und den Bogen zu den polnischen Ereignissen spannend: Gerade in der gegenwärtigen Konstellation, da Moskau seine Position in Mitteleuropa gefährdet sehe, solle man der Sowjetunion einen Beweis liefern, dass sie von Mitteleuropa aus nicht bedroht sei.

Den Bogen überspannte Willy Brandt, jener Mann, der 1970 mit einem Kniefall in Warschau vor dem Mahnmal für die Nazi-Opfer die Welt zu erschüttern versuchte, mit seiner Reaktion auf die Einführung des Kriegsrechtes in Polen Ende 1981.

Vier Tage nach Errichtung von Jaruzelskis Militärdiktatur liess er im Namen der SI eine Erklärung veröffentlichen, die in ihrer Lauheit nicht mehr zu überbieten war. «Nicht unerbetener Ratschlag oder starke Worte», hiess es darin, könnten den Polen helfen, sondern «nur Zurückhaltung und der Wille zur Zusammenarbeit derjenigen, die den Frieden wollen».

Während in Polen die freiheitlichen Gewerkschaftsrechte zerschlagen und Tausende wider das Menschenrecht in Lager interniert wurden, formulierte Brandt: «Es muss erwartet werden, dass die Verhafteten freigelassen und die Rechte der Gewerkschaften wiederhergestellt werden.» Gegen den Protest der italienischen und der französischen Sozialisten liess er zudem veröffentlichen: «Die Sozialistische Internationale nimmt zur Kenntnis, dass die polnischen Machthaber den Prozess der Reformierung und Erneuerung des Landes nicht unterbrechen, sondern fortsetzen wollen.»

Widerstand gegen Anpassung?

Dieser Vorfall mag einer der Hauptgründe dafür sein, dass sich innerhalb der SI, vor allem bei den südeuropäischen sozialistischen Parteien, eine Linie gegen die derzeitige SI-Führung entwickelte, deren Politik als objektiv prosowjetisch empfunden wird.

Willy Brandt und Olof Palme müssen sich verstärkt mit den Gegenargumenten von Mario Soares (Portugal), Felipe Gonzales (Spanien), Bettino Craxi (Italien) und François Mitterrand (Frankreich) auseinandersetzen. Sie sind die Vertreter der einflussreichsten Regierungsparteien der SI – ob es ihnen gelingt, den Kurswechsel herbeizuführen, ist abzuwarten. Vorläufig ist und bleibt die SI der mächtigste nichtkommunistische Verbündete der Sowjetunion auf internationaler Ebene.

just

Jeden Monat neu!



Deutschland-Magazin

deckt auf, was andere verschweigen!

- Deutschland-Magazin bietet die wichtigsten Beiträge zu den Grundsatzfragen der Deutschland-Politik und der Weltpolitik.
- Deutschland-Magazin dokumentiert, was andere Medien verschweigen, verfälschen oder unerträglich verstümmeln.
- Deutschland-Magazin ist die politische Monats-Zeitschrift, die Fakten, Hintergrund-Informationen und Argumente liefert.

Bitte fordern Sie Probehefte an! Kostenlos und völlig unverbindlich. Benutzen Sie bitte diesen Gutschein:

Gutschein für drei kostenlose Probeexemplare
An Deutschland-Magazin
Kampenwandstraße 16 · 8210 Prien

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ: _____ Ort: _____
 Beruf: _____ Telefon: _____